

Mainz, den 11.01.2019

Pressemitteilung 01/19

Kliniken müssen Freistellung der Transplantationsbeauftragten ernstnehmen

Mainz. Die Organspendezahlen sind laut des neuen Berichts der Deutschen Stiftung Organtransplantation (DSO) in Rheinland-Pfalz erneut gesunken – auch wenn die Zahl insgesamt im Bundesgebiet gestiegen ist. Den regionalen Rückgang bedauert die Landesärztekammer Rheinland-Pfalz. „So sehr wir uns Alle auch um Aufklärung bemühen und so sehr wir viele Verbesserungen initiieren: Die Zahl der Organspenden geht seit Jahren zurück. Und das stimmt sehr bedenklich“, erklärt Landesärztekammer-Präsident Dr. Günther Matheis.

„All unsere gemeinsamen Bemühungen bringen bislang nicht den Erfolg, den wir uns aus medizinischer Sicht wirklich wünschen“, fügt er hinzu. Daher sei auch die rasche Umsetzung der gesetzlichen Regelungen nötig, die mit dem Landesausführungsgesetz zum Transplantationsgesetz nun in Kraft getreten sind. Schließlich sind die Transplantationsbeauftragten in den Krankenhäusern von zentraler Bedeutung. Deshalb ist es richtig, diese mit besseren Arbeitsbedingungen wie beispielsweise tatsächlichen Freistellungen zu unterstützen und den Krankenhäusern hierfür auch eine angemessene Finanzierung zur Verfügung zu stellen. Matheis: „Stellung, Qualifikation und Wertschätzung der Transplantationsbeauftragten in den Krankenhäusern muss erhöht werden.“ Es kann nicht sein, dass Transplantationsbeauftragte ihre Aufgaben zusätzlich zu ihrer normalen Klinik Tätigkeit leisten müssen.

Für den Ärztekammer-Präsidenten ist deshalb auch klar: „In den Kliniken muss es zu einem Paradigmenwechsel kommen, damit die Aufgaben so wahrgenommen werden können wie der Gesetzgeber und auch die ärztlichen Körperschaften dies wünschen.“ Geschehe dies nicht, dann „laufen auch diese Lösungsansätze zur Förderung der Organspende ins Leere“, so Matheis. Kliniken, die der neuen Regelung nicht nachkommen, müssten auch mit Sanktionen rechnen.

Um die Organspende zu fördern, ist aber auch ein Systemwechsel hin zu einer Widerspruchslösung ein richtiger und notwendiger Schritt. Matheis: „Ich finde, es ist Zeit, darüber offen und ehrlich zu reden und für eine transparente Debatte über die Organspende und die Einführung der erweiterten Widerspruchslösung bereit zu sein.“ Aus medizinischer Sicht wäre die Widerspruchslösung ein wichtiger Schritt, damit Schwerstkranken auf der Warteliste rascher geholfen werden kann und damit weniger Patienten sterben während sie auf ein lebensrettendes Organ warten.

1

Rückfragen ? Interviewwünsche ?

Landesärztekammer Rheinland-Pfalz
Ines Engelmohr M.A. (Pressesprecherin)
Deutschhausplatz 3 · 55116 Mainz
Postfach 29 26 · 55019 Mainz
Abdruck honorarfrei, Belegexemplar erbeten

Tel. **06131-28822-25**
Handy **0170-4771471**
Tfx. **06131-28822-8625**
email engelmohr@laek-rlp.de

Diesen Text finden Sie im Internet unter <http://www.laek-rlp.de>
Folgen Sie uns auch auf Twitter und Facebook